

Im Gleichschritt mit dem digitalen Wandel

Die Digitalisierung verändert sämtliche Lebensbereiche, insbesondere die Wirtschaft und die Arbeitswelt. Wie sollen Politik und Verwaltung auf offene Fragen der digitalen Wirtschaft reagieren? Noch fehlen bewährte Rezepte, um den rasch voranschreitenden Wandel mit geeigneten Rahmenbedingungen zu begleiten.

Die Digitalisierung der Wirtschaft ist der Megatrend der letzten Jahre. Die datenbasierte Wirtschaft brachte den Onlinehändler Amazon und digitale Plattformen wie den Taxivermittler Uber oder die Übernachtungsplattform Airbnb hervor. Dank sinkenden Transaktionskosten internetbasierter Plattformen dehnen sich solche Geschäftsfelder aus und pflügen ganze Wirtschaftszweige um. Die Digitalisierung und Vernetzung von Menschen, Gütern und Systemen untereinander ermöglicht führerlos fahrende Fahrzeuge oder lernfähige Roboter.

Für den Wirtschaftsraum Zürich ist der digitale Wandel von besonderer Bedeutung, weil der Treiber des technologischen Wandels, die Informations- und Kommunikationstechnologie, eine Schlüsselbranche des Standortes ist. Sein Finanzplatz wird sich unter dem Einfluss neuer Technologien fundamental verändern. Fachleute sind sich einig, dass eine erfolgreiche Bewältigung des digitalen Wandels entscheidend sein wird, um die Spitzenposition im internationalen Standortwettbewerb zu halten oder zu verbessern.

Welche Rahmenbedingungen braucht die digitale Wirtschaft?

Studien zu Auswirkungen, Chancen und Risiken der sogenannten vierten industriellen Revolution erschienen in den letzten Monaten mit schöner Regelmässigkeit. Dennoch besteht Ungewissheit darüber, in welchem Masse Arbeitsplätze verschwinden werden, neue entstehen und wohin die Reise dereinst führen wird.

Weil die neuen Geschäftsmodelle die traditionelle Wirtschaft in Bedrängnis bringen, werden Forderungen nach regulierendem Eingreifen des Staates durch Vorschriften und Verbote laut. Mancherorts ist dies bereits geschehen, wie die unterschiedlichen Reaktionen auf die Ausbreitung von Airbnb oder die Vormachtstellung der Hotelbuchungsplattform booking.com zeigen. Regulierungen hinken der laufenden Entwicklung jedoch immer hinterher. Im Bereich der digitalen Geschäftsfelder gilt dies umso mehr, als diese weniger berechenbar sind und sich rasch ausbreiten können. Wo der Wandel beschleunigt ist, sind neue Rezepte des staatlichen Handelns gefragt.

Die Herangehensweise an diverse Fragestellungen, die digitale Geschäftsmodelle aufwerfen, muss den traditionellen Pfad der politischen Entscheidungsfindung verlassen. Die Zürcher Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh plädiert deshalb für eine sogenannte «Politik 4.0», die auf einen dialogbasierten Prozess mit den verschiedenen Akteuren setzt (S.10). Bruno Sauter, Chef des Amtes für Wirtschaft und Arbeit, sieht

als Basis solcher Dialoge eine Art Frühwarnsystem. Jene Bereiche, die für die digitale Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind, sollen laufend durchleuchtet werden, um rechtzeitig Vorschläge für regulatorische Anpassungen anzustossen (S.6). Eine solche «Out-of-the-Box»-Herangehensweise an wichtige Fragen, die der digitale Wandel aufwirft, würde neuen Handlungsspielraum eröffnen. Politik und Verwaltung können sich dem digitalen Wandel ebenso wenig verschliessen wie die Unternehmen. ■

Irene Tschopp, Kommunikation AWA

Regulierungsfragen digitaler Geschäftsmodelle

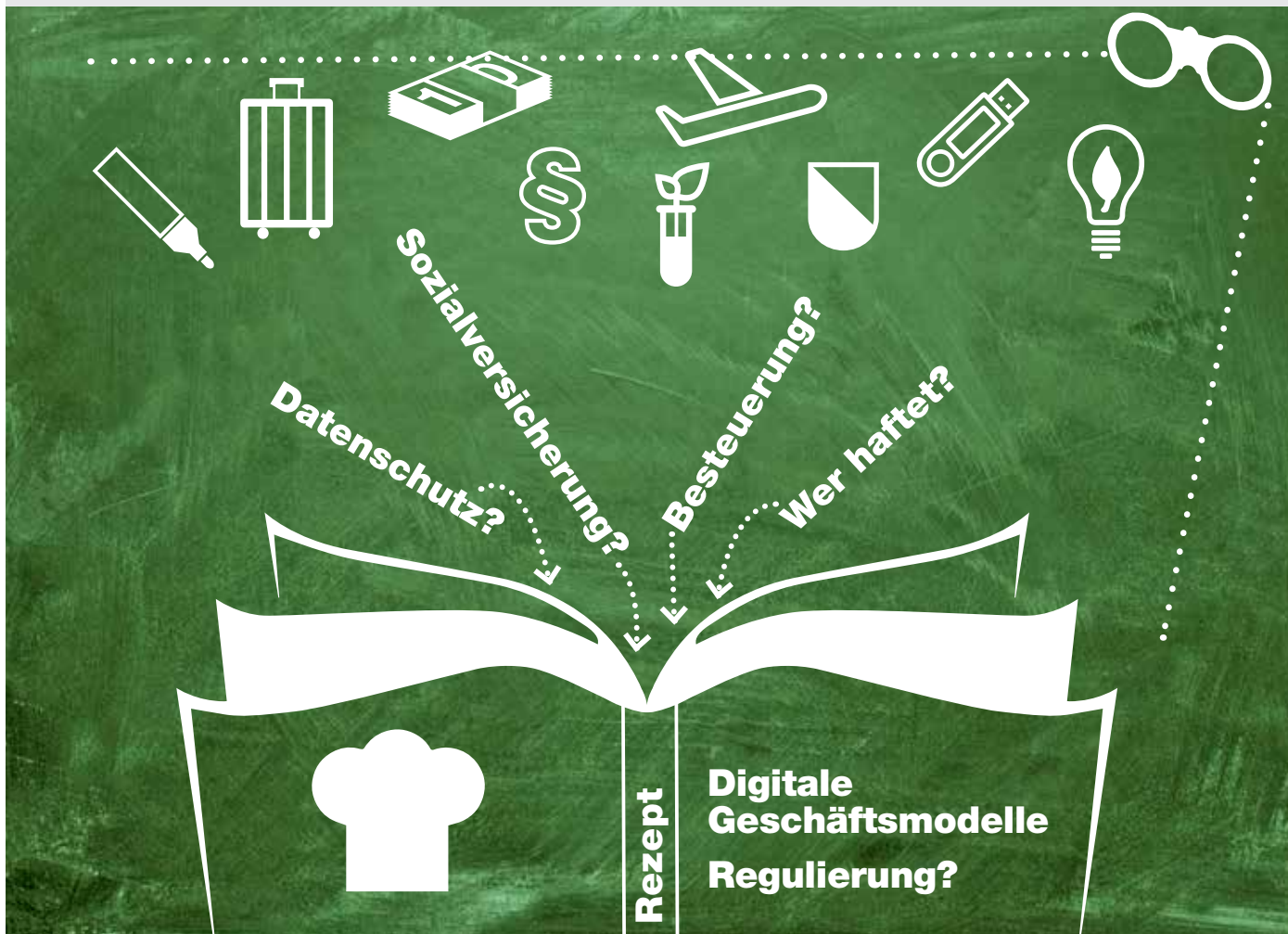
Digitale Geschäftsmodelle beinhalten häufig eine Basisdienstleistung (z.B. Personenbeförderung oder Beherbergung) sowie eine Vermittlungsdienstleistung (plattformbasierte Transaktion). Wegen strittiger rechtlicher Aspekte und offener Regulierungsfragen sehen sich gewisse Anbieter mit Kritik konfrontiert, die dem Geschäft abträglich ist. Der Taxidienst Uber wurde in verschiedenen Städten in Europa bereits verboten und hat in Zürich kürzlich sein Angebot Uber Pop für nicht professionelle Fahrer zurückgezogen. Bei der Vermietungsplattform Airbnb wehrte sich die Hotellerie, weil Airbnb-Vermieter sich in ihren Augen unfair verhalten in Bezug auf Kurtaxe, Meldepflicht oder Brandschutz.

Uber und Airbnb sind bekannte Geschäftsmodelle, die verschiedene Nachahmerversionen haben und weitere erhalten werden. Bei digitalen Geschäftsmodellen mit plattformbasierten Transaktionen, aber auch beim Einsatz robotergesteuerter Maschinen oder Fahrzeuge stellen sich verschiedene Fragen der Regulierung:

- **Arbeitsrechtliche Stellung** der Personen, die via Technologieapplikation Geld verdienen.
- Wer **haftet** bei Fehlern, Hacking oder Unfällen – etwa bei selbstfahrenden Autos oder Produktionsfehlern eines Roboters?
- **Datenschutz:** Was geschieht mit den Daten, die Anbieter von den Nutzerinnen und Nutzern erhalten?
- **Wettbewerbspolitik:** Die Tendenz zur Konzentration digitaler Plattformen verschafft diesen Anbietern Grössenvorteile und wirft Fragen in Bezug auf beschränkende Massnahmen auf.
- **Besteuerung:** Sollen zum Beispiel Self-Scanning-Kassen oder Roboter wegen des damit einhergehenden Verlusts an Arbeitsplätzen mit einer Steuer belastet werden? Wo finden sich Anknüpfungspunkte für eine mögliche Besteuerung, wenn Unternehmen örtlich nicht greifbar sind?

Digitalisierung smart reguliert

Politik 4.0 setzt auf Früherkennung, offenen Dialog mit verschiedensten Akteuren und smarte Regulierung.



Gute Rezepte für smarte Regeln

Dank «Horizon Scanning» in wichtigen Wirtschaftsklustern können Politik und Verwaltung mit Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft für relevante Anliegen kluge Lösungen umsetzen.

Neues Politikverständnis im Zeitalter der Digitalisierung

Die Politik 4.0 will den offenen Dialog gezielt einsetzen, um Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung flexibler und differenzierter als bisher zu bearbeiten. Das Ziel ist eine smarte Regulierung, bestehend – wo notwendig – aus Rahmengesetzen für grundlegende Vorschriften, situativen Erlassen von Kantonen und Gemeinden sowie der Möglichkeit, Regeln phasenweise den Entwicklungen anzupassen. Die im Kontext der Digitalisierung aufkommenden Fragestellungen werden von der Verwaltung aufgezeigt, die in wichtigen Wirtschaftsklustern ein «Horizon Scanning» vorantreibt.

Die smarte Regulierung beginnt mit der Früherkennung relevanter Anliegen und setzt sich fort im Dialog von Politik und Verwaltung mit Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Die gemeinsame Analyse von Praxiserfahrungen und allgemein akzeptierten Auflagen soll in smarte Regeln einfließen, die mit der Realität Schritt halten. Die Politik 4.0 kann so opportune Rahmenbedingungen und faire Marktbedingungen sowohl für junge wie auch etablierte Firmen, aber auch klare Vorgaben für den Arbeitnehmerschutz im Kontext digitaler Geschäftsmodelle schaffen. ■

Lucie Hribal, Kommunikation AWA

Den digitalen Wandel gestalten

Digitale Geschäftsmodelle stellen Verwaltung und Politik vor viele Fragen. Bekannte Beispiele wie Airbnb oder Uber zeigen, dass es früher oder später Spielregeln braucht, die sich mit dem Arbeitnehmerschutz und anderen Auflagen vereinbaren lassen. Staatliche Interventionen sollten darauf abzielen, neue Geschäftsmodelle durch eine smarte Regulierung gesellschaftsverträglich zu machen, ohne dadurch innovative Geschäftsmodelle zu verhindern. Für solche Lösungen braucht es den Dialog mit allen relevanten Akteuren, damit der digitale Wandel ein fester Bestandteil auf dem politischen Radar wird.

Mit der Digitalisierung und der direkten Kommunikation von Prozessor zu Prozessor werden viele Aufgaben, Funktionen und Prozesse neu direkt und ohne menschliches Agieren erledigt und automatisiert. Damit verbunden entstehen ganz neue Geschäftsmodelle, die völlig ortsunabhängig sind und bei denen es nicht immer klar sein wird, wer wann welche Aktion ausgelöst hat und welches eigentlich die «Leistung» im volkswirtschaftlichen Sinne ist. Damit verbunden sind viele Fragen: Was wird wo überhaupt besteuert, welches Gesetz kommt wann zur Anwendung und wer (Person, Firma) trägt wann welche Verantwortung?

Beobachtet man um uns herum, wie Behörden und Politik auf offene Fragen reagieren, so zeigen sich eine gewisse Ratlosigkeit und Verunsicherung. Mit der Geschwindigkeit, in der neue Geschäftsideen am Markt auftauchen und sich ausbreiten, kann der traditionelle politische und gesetzgeberische Prozess nicht Schritt halten. Typische Reaktionsmuster sind einerseits, Verbote auszusprechen oder die gleichen Regeln aufzustellen wie für die übrigen Anbieter in der Branche, in die sie vordringen. Andererseits macht es den Anschein, dass häufig vorerst abgewartet und zugeschaut wird, was passiert. Herausfordernd für Verwaltungen und Politik ist die Tatsache, dass auf keine bewährten Rezepte im Umgang mit der digitalen Wirtschaft zurückgegriffen werden kann. Es fehlen die zeitliche Distanz und die Erfahrung mit den Auswirkungen neuer digitaler Geschäftsmodelle.

Neue Gefässe des Austausches

Als Vollzugsbehörde steht das Amt für Wirtschaft und Arbeit in Kontakt mit den Sozialpartnern der wichtigen Wirtschaftsbranchen des Kantons. Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren pflegen gute Kontakte zu den Arbeitgebern, die Standortförderung begleitet die für Zürich wichtigen wirtschaftlichen Bran-

chencluster und die Arbeitsinspektorate sind am Puls des Arbeitnehmerschutzes. Die Vertreter dieser Branchen sowie Universitäten und Fachhochschulen können Politik und Verwaltung auf neue Entwicklungen und Fragestellungen hinweisen.

Unser Ziel muss es sein, frühzeitig auf Veränderungen reagieren zu können und der Politik konkrete Vorschläge zu unterbreiten für ein künftiges Rahmengesetz, das neue Technologien nicht abwürgt und verbietet, sondern gegebenenfalls sogar noch fördert und andererseits einen fairen Wettbewerb zwischen Technologien und Firmen ermöglicht. Gelingt uns dies nicht, wird aufgrund unserer direktdemokratischen Struktur der Souverän mittels Interventionen Entwicklungen wohl zu verhindern versuchen – was global sicher nie möglich sein wird. Verbote und ungeschickte Einschränkungen jedoch werden die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und Zürichs reduzieren.

Damit zukünftige Entwicklungen und Fragestellungen auf dem Radar der politischen Entscheidungsträger sind, braucht es ein Frühwarnsystem. Relevante Fragen müssen identifiziert und anschliessend im Dialog mit den wichtigsten Akteuren diskutiert werden. Im Amt für Wirtschaft und Arbeit haben wir uns diesbezüglich mit einer möglichen Vorgehensweise befasst (vgl. S. 7). Damit sollten wir in der Lage sein, der Politik konkrete Formulierungen für faire Rahmenbedingungen und eine «kluge» Regulierung vorzuschlagen. Eine solche sollte Innovationen ermöglichen und nicht verhindern, den fairen Wettbewerb sicherstellen und den Menschen in diesem Land frühzeitig Antworten auf Herausforderungen geben. Eine aktive Begleitung des digitalen Wandels stärkt auch das Vertrauen in Politik und Verwaltung. ■

Bruno Sauter, *Chef Amt für Wirtschaft und Arbeit*

Ein Frühwarnsystem für Politik 4.0

Damit Politik und Verwaltung die Entwicklung des digitalen Wandels begleiten und deren Rahmenbedingungen aktiv gestalten können, braucht es eine mehrstufige Herangehensweise an die relevanten Fragestellungen. Im Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich stellen wir uns diesen Prozess folgendermassen vor:

– Horizon Scanning

Wir lassen von einer Beratungsfirma die technologischen Entwicklungen weltweit scannen und auf ihre Relevanz überprüfen. So können in verschiedenen Geschäftsfeldern frühzeitig Entwicklungen (insbesondere disruptive Schritte) aufgenommen werden. Die beauftragte Firma wird mit ihrem Expertenteam eine erste Beurteilung vornehmen und sowohl schriftlich als auch in Dialogen informieren.

– Unsere Cluster

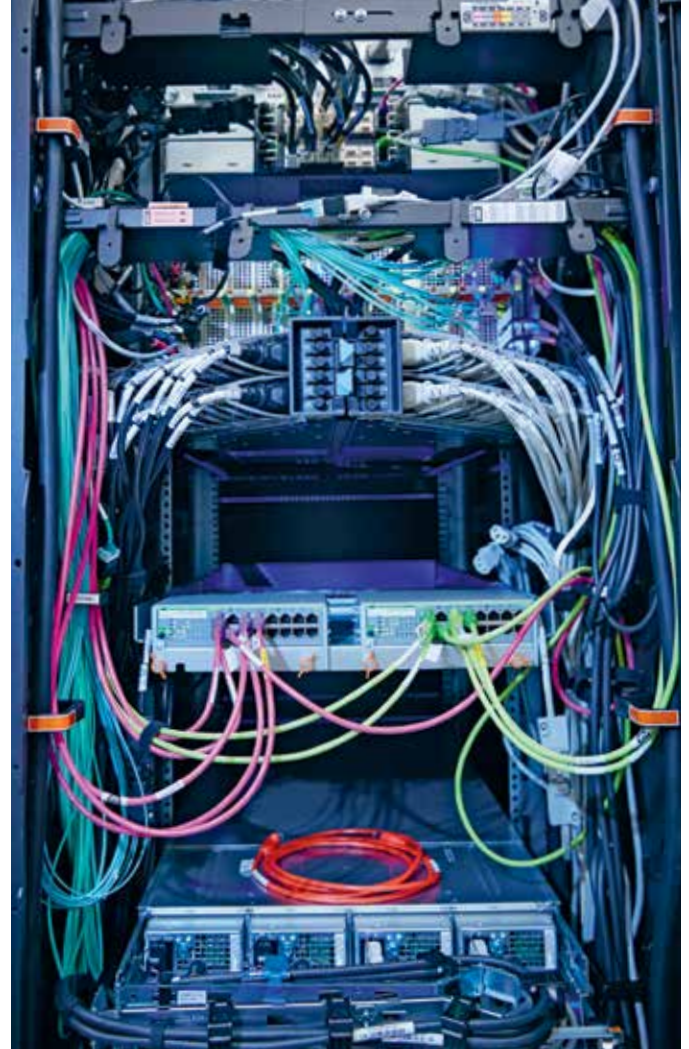
In jenen Feldern, in denen aufgrund des Horizon Scanning relevante Entwicklungen identifiziert werden, versuchen wir – das AWA – mit dem Know-how unserer Clustermitglieder mit geeigneten Anlässen und Formaten die konkrete Auswirkung für die Schweiz und Zürich als Szenario zu erkennen. Unser Cluster-Ansatz hat den Vorteil, dass die ganze Wertschöpfungskette in den wichtigsten Wirtschaftssektoren abgebildet wird und somit den frühzeitigen Einbezug aller Akteure im Cluster ermöglicht.

– Externe Fachanalyse

Die aus den Clustern erkannten Entwicklungen und deren mögliche Veränderungen auf unsere Volkswirtschaft übergeben wir einem externen Fachspezialisten. Dieser wird Herausforderungen für den Staat, die Politik und die Verwaltung identifizieren. Nach Möglichkeit werden erste Ansätze skizziert, wie und wo der Rahmen für den Gesetzgeber gezogen werden könnte. Nach Möglichkeit gibt es bereits hier eine Einschätzung zur Frage, ob eine frühzeitige Regulierung sinnvoll wäre oder ob bestehende Regulatorien den kommenden Entwicklungen angepasst werden müssten.

– Dialog mit betroffenen Akteuren

Die Ergebnisse und Empfehlungen dieser Fachanalyse werden mit den Akteuren der betroffenen Branche diskutiert und ausgetauscht. Damit beschreiten wir neue Wege und verlassen den klassischen Top-down-Prozess in Richtung Einbezug der verschiedenen Anspruchsgruppen. Die genauen Formen solcher Dialoge müssen noch gefunden werden. Wenn die grundsätzliche Haltung vorhanden ist, dass der digitale Wandel Chancen bietet und Problemfeldern mit einer smarten Regulierung begegnet werden kann, wird dieser Dialog erfolgreich sein.



Pop-up-Phase für neue Geschäftsmodelle?

Die Geschäftsmodelle der digitalen Wirtschaft fordern nicht nur Politik und Verwaltung, deren bewährte Regeln und Kontrollmechanismen nicht angemessen greifen, beispielsweise wenn es um Steuern, Sozialversicherung, Haftungsfragen oder Datenschutz geht. Auch das neue Business muss viele Hürden nehmen, bevor die Leistungen erbracht und auf dem Markt eingeführt sind. Digitale Geschäftsmodelle stützen sich nicht auf langjährige Praxis, sondern auf Visionen, werden agil weiterentwickelt und bedürfen der Markterfahrung, um das Kundenverhalten einschätzen, die Marktnische kennenlernen und Geschäftsprozesse optimieren zu können. Sie benötigen daher Testphasen, in denen sie nur dem notwendigen Minimum an behördlichen Auflagen unterliegen.

Eine solche smarte Regulierung des Anschubs oder Kurzzeitbetriebs von Geschäftsmodellen hat sich mit dem Format des Pop-up teilweise schon etabliert. Temporär, provisorisch, kurzfristig und damit flexibel nutzen bereits Läden, Gastronomiebetriebe, Eventveranstalter und nicht zuletzt Start-ups leer stehende Innen- und Aussenräume. Die Behörden gehen mit Pop-ups meist kulant um, weil ihre wirtschaftliche Aktivität, der kreative Firmenmix und das wechselnde Angebot die Innovationskraft und Attraktivität eines Standorts stärken. Liegenschaftsbesitzer wiederum bieten oft tiefere Mietzinse, weil sie einen Teil der Betriebskosten decken, vor allem aber das Image ihrer Räumlichkeiten und deren Marktwert steigern können.

Lucie Hribal, Kommunikation AWA

Die Digitalisierung und der Arbeitsmarkt

Im Zürcher Wirtschaftsleben sind Phänomene der Digitalisierung bereits anzutreffen, beispielsweise als Internetmarktplätze für Angebot und Nachfrage von Dienstleistungen. Welche Technologien, Arbeits- und Geschäftsmodelle den Markt erobern, wird sich zeigen. Wirtschaftspolitische Herausforderungen sind derweil schon erkennbar.

Die Digitalisierung dürfte Routinetätigkeiten und zunehmend anspruchsvollere Arbeiten automatisieren. Hingegen werden Maschinen jene Tätigkeiten, die Entscheidungsfähigkeit, Urteilsvermögen, Kreativität, Verhandlungsgeschick, soziale Wahrnehmung und Intuition erfordern oder einzigartige Vorgänge beinhalten, schwerer ersetzen können. Zu diesen Berufen zählen Coiffeure, Betreuer und Putzkräfte, aber auch Softwareentwickler, Ingenieure und Ärzte.

Polarisiert die Digitalisierung den Arbeitsmarkt?

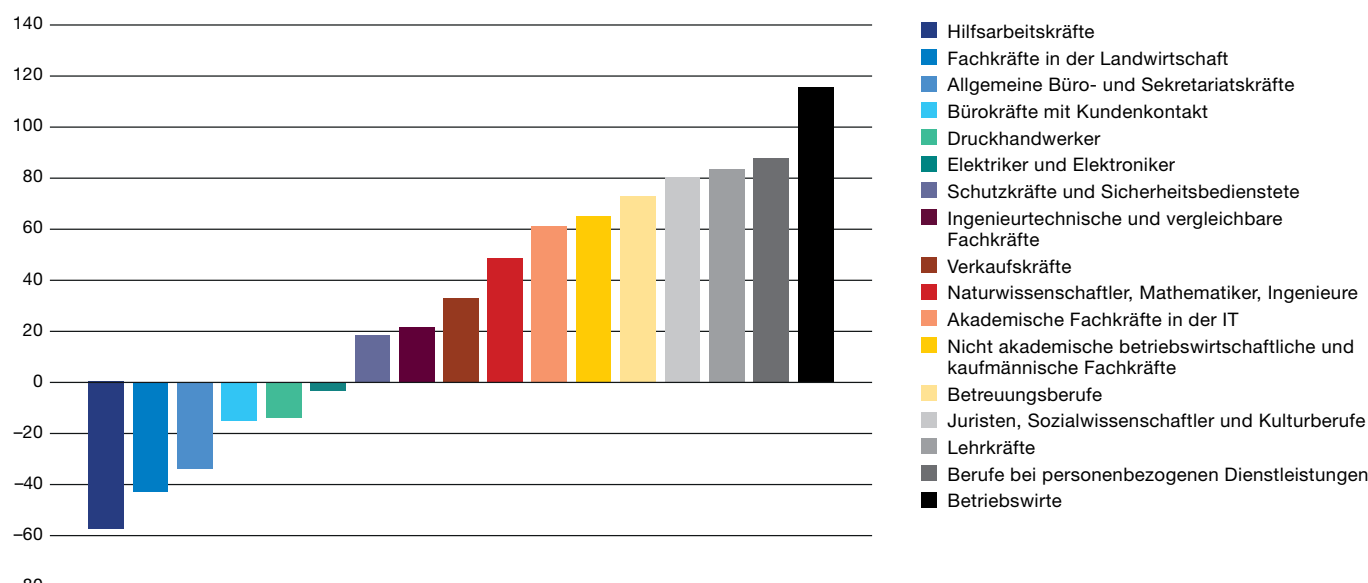
Einige Ökonomen argumentieren, die Digitalisierung könnte zur Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt führen. Bezahlte Stellen würden demnach für hochqualifizierte sowie für gering qualifizierte Arbeitskräfte entstehen, mit entsprechenden Folgen für die Lohnstruktur, wohingegen die «Mitte» am Arbeitsmarkt erodieren würde. Eine solche Polarisierung ist am schweizerischen und am Zürcher Arbeitsmarkt höchstens in Ansätzen zu erkennen. Die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften ist in den vergangenen Jahren in der Schweiz und noch stärker im Kanton Zürich gestiegen, was auch eine Folge der Digitalisierung sein könnte. Studien deuten darauf hin, dass Unterneh-

men mit einem intensiveren Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien hochqualifiziertes Personal stärker nachfragen als gering qualifiziertes. Dies kann aber auch unabhängig von der Digitalisierung erfolgen; eine eindeutige Zuordnung der Effekte ist schwierig.

Wie Grafik 1 zeigt, nahm in der Schweiz die Zahl der Beschäftigten in akademischen Berufen von 1990 bis 2015 um fast 500 000 Personen zu. Darunter fallen beispielsweise Betriebswirte, Juristen oder Ingenieure. Allerdings waren auch mehr Menschen in der Betreuung, als Verkaufskräfte oder durch personenbezogene Dienstleistungen wie Koch, Kellner, Friseur, Kosmetiker, Hauswart, Tierpfleger oder Bestatter tätig, während die Zahl der Büro- und Sekretariatskräfte sank. Diese Entwicklungen könnten allenfalls als Polarisierung aufgefasst werden. Gleichzeitig stieg die Zahl der in nicht akademischen Berufen tätigen kaufmännischen Fachkräfte aber deutlich, was wiederum einen Strukturwandel innerhalb des kaufmännischen Berufsfeldes andeutet. Zudem nahm die Beschäftigung von Hilfskräften um knapp 60 000 Personen ab, was nun eher einer Tendenz zur allgemeinen Höherqualifizierung als zur Pola-

1 Mehr Erwerbstätige in akademischen Berufen – aber nicht nur!

Veränderung Erwerbstätige nach ausgewählten Berufsgruppen 1990–2015, in tausend



Quelle: BFS (Strukturerhebung)

risierung oder zur Erosion mittelqualifizierter Tätigkeiten entspricht. Zugleich ist es auch möglich, dass gewisse Tätigkeiten in Zukunft durch Roboter oder auch durch gering entlohnte und gering qualifizierte Zuwanderer ausgeführt werden, beispielsweise in der Pflege. Durch die verringerten Qualifikationsanforderungen könnten Berufe verschwinden oder sich stark verändern, was eine Polarisierung am Arbeitsmarkt auslösen könnte.

Die Digitalisierung ist nur einer der Einflussfaktoren

Auf dem Arbeitsmarkt stellt die Digitalisierung nur einen von vielen Einflussfaktoren dar. Die Globalisierung und die poten-

zielle Auslagerung von Produktionsschritten ins Ausland, die Zuwanderung, der demografische Wandel und der generelle Trend zur Höherqualifizierung sowie die Regulierung der Arbeitsbeziehungen oder das Berufsbildungssystem haben ebenfalls bedeutenden Einfluss auf die Zürcher Beschäftigungslandschaft. Eine isolierte Betrachtung einzelner Faktoren ist daher kaum sinnvoll, denn die Digitalisierung findet in einem vielschichtigen Kontext statt und ihre Auswirkungen können nur teilweise gesteuert werden. ■

Thomas Bauer, *Fachstelle Volkswirtschaft*

Digitaler Alltag – Vermittlungsplattformen und Crowdfunding

Digitale Neuerungen wie Internetplattformen zur Vermittlung von Wohnraum (Airbnb), Taxidienstleistungen (Uber, Didi Chuxing), Hotels (booking.com) oder Handel (Ebay, Amazon, Alibaba) gehören heute zum Alltag. Sie geben Konsumenten Zugang zu Angeboten, ermöglichen rasche Vergleiche, indem sie wichtige Informationen und Beurteilungen der Anbieter kumulieren, und vereinfachen so die Suche nach Waren und Dienstleistungen. Dabei besitzen die Plattformbetreiber in der Regel weder Wohnraum, Taxis, Hotels noch Waren und ihre Leistung besteht einzig in der Vermittlung, für die sie Kommissionen einnehmen. Ist die Plattform- oder App-Infrastruktur unter Aufwendung von Initialkosten einmal eingerichtet, fallen für die gewonnenen Kunden keine weiteren Kosten mehr an und der wachsende Nutzerkreis generiert sogar potenziell verwertbare Daten. Daraus ergeben sich enorme Grössenvorteile und für einzelne Unternehmen sehr hohe Gewinne.

Die digitale Wirtschaft und darunter die Plattformen weisen somit einen starken Hang zur Monopolbildung auf. Dagegen entstehen für Anbieter von Leistungen auf diesen Plattformen Abhängigkeiten und hohe Kosten. Implikationen ergeben sich auch für den internationalen Handel, denn aus nationaler Sicht kann es sich lohnen, neue Plattformen aus dem Ausland während einer Zeitspanne im eigenen Land nicht zuzulassen. Einheimische Konkurrenzprodukte können sich entwickeln und werden aufgrund der Grössenvorteile nach einer Weile kaum mehr vom Markt zu verdrängen sein. Das Beispiel des chinesischen Fahrdienstes Didi Chuxing, eines Konkurrenten von Uber, lässt annehmen, dass China solche protektionistischen Massnahmen anwendet.

Neue Arbeitsformen – effiziente, aber kaum existenzsichernde Produktionsweise

Auch die Vermittlung von Arbeit oder Aufträgen kann über Internetplattformen erfolgen (z.B. MTurk, AppJobber, Clickworker, Mila, Gigme), wobei dabei häufig von Crowdfunding die Rede ist.

Hier können flexibel Arbeitskräfte für kleinere Aufträge, beispielsweise Übersetzungen, IT-Dienstleistungen, Grafikarbeiten oder Rechercheaufträge, vermittelt werden. Im besten Fall können diese Plattformen in kurzer Zeit und mit wenig Aufwand die richtigen Fachkräfte aus einem grossen Schwarm an Arbeitskräften («Crowd») mobilisieren. Die Crowdworker können ihre Arbeit flexibel organisieren und Zusatzverdienste erlangen, wenn sie freie Kapazitäten haben. Anbieter und Nachfrager einer Dienstleistung sind zudem nur im Rahmen der Auftrags erledigung aneinander gebunden. Diese Organisationsform kann als Produktionsweise somit sehr effizient sein, garantiert den Anbietern aber weder ein existenzsicherndes Einkommen noch Kündigungsfristen oder Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit.

Somit ist unklar, wie sich diese neuen Arbeitsformen im Verhältnis zu geregelten Arbeitsverhältnissen entwickeln werden. Sofern sie als Ergänzung zum Einkommen bestehen, können sie für Anbieter und Nachfrager von Vorteil sein. Sollen sie ein existenzsicherndes Einkommen garantieren, droht eine Prekarisierung von Teilen der Arbeitswelt und könnte die Subventionierung der Arbeitskräfte über die Sozialhilfe fördern. Das Aufkommen der neuen Arbeitsformen stellt grundlegende Fragen an die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Beispielsweise gilt es, zu klären, ob die Anbieter von Arbeitsleistungen («Crowdworker») selbstständig, bei der Plattform oder beim Nachfrager angestellt sind und welche Pflichten daraus resultieren. Neue digitale Selbstständige sind in der Schweiz in den Arbeitsmarktstatistiken noch kaum aufgetaucht und ein Trend zum Crowdfunding ist bisher nicht zu erkennen. Noch hat die Digitalisierung hier keine tiefen Spuren hinterlassen.

«Ich will eine Politik 4.0 etablieren»

Damit wir die Umbrüche zur Industrie 4.0 erfolgreich bewältigen und unsere wirtschaftliche Spitzenposition halten können, müssen wir auch die Art und Weise überdenken, wie wir Politik machen. Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh plädiert im Interview für eine Politik 4.0 mit dem Mut, der Innovation eine Chance zu geben.



Welche Bedeutung hat die Digitalisierung für den Wirtschaftsstandort Zürich?

Die vierte industrielle Revolution ist in vollem Gange und wird unsere Wirtschaft und unser Arbeitsleben gründlich umpflügen, wie einst die Erfindung der Dampfmaschine oder die Elektrifizierung. Zürich hat dank hoher Branchenvielfalt, einer aktiven Start-up-Szene, einem hohen Bildungsniveau der Bevölkerung sowie der Vernetzung zwischen Unternehmen und Hochschulen gute Grundvoraussetzungen, um volkswirtschaftlich gestärkt aus dieser Entwicklung hervorzugehen. Damit wir die Umbrüche zur Industrie 4.0 erfolgreich bewältigen können und unsere wirtschaftliche Spitzenposition sichern können, müssen wir auch die Art und Weise überdenken, wie wir Politik machen. Es muss uns gelingen, Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft anzubieten, die einerseits die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle ermöglichen und andererseits den Arbeitnehmerschutz gewährleisten.

Warum braucht es ein neues Verständnis für Politik?

Der rasante technologische Fortschritt und angepasste Konsumgewohnheiten der Menschen führen dazu, dass bisher bewährte Geschäftsmodelle in Bedrängnis geraten. Uber oder Airbnb waren erst der Anfang, die Massenanzahl von Drohnen oder fahrerlosen Autos und weitere Innovationen, darunter auch solche «made in Zurich», werden das Leben von Menschen auf der ganzen Welt verändern.

Die Veränderungen rufen in der Politik traditionell Abwehrreflexe hervor. Zahlreiche Akteure starren auf kurzfristig negative Folgen der Digitalisierung und rufen nach Schutz vor der neuen Konkurrenz. Die Gesellschaft reagiert verunsichert, die Politik antwortet mit immer mehr Vorschriften oder Verboten. Wenn wir Altes zu bewahren versuchen, indem wir das Neue sabotieren, schnüren wir der Innovation die Luft ab und verdrängen letztlich nur Wertschöpfung und Arbeitsplätze ins Ausland. Das will ich als Volkswirtschaftsdirektorin verhindern.

Was muss man sich unter Politik 4.0 vorstellen?

Die Industrie 4.0 zeichnet sich aus durch vielfältige Netzwerke anstelle starrer Top-down-Prozesse, durch Innovation und den Mut, Neues auszuprobieren. Daran muss sich eine Politik 4.0 orientieren. Wenn neue Geschäftsmodelle angestammte Akteure in Bedrängnis bringen, setzt Politik 4.0 zuerst auf den Dialog, statt reflexartig in den Regulierungsmodus zu verfallen. Die neuen wirtschaftlichen Akteure, die alteingesessenen Unternehmen, Verbände und Sozialpartner diskutieren mit der Politik und mit der Gesellschaft über Entwicklungen, Chancen und Probleme. Alle Akteure sammeln über längere Zeit Erfahrungen. Neue digitale Geschäftsmodelle erhalten Zeit, Kinderkrankheiten selber zu bewältigen. Eine Regulierung folgt erst später, falls sie wirklich unvermeidbar ist und nachdem sich der Nebel gelichtet hat. Dies bedingt den Mut, auch in unseren Regierungen, Parlamenten und Verwaltungen zu experimentieren, Neues auszuprobieren und Nichtbewährtes wieder fallen zu lassen. Ich freue mich auf die Diskussion über Politik 4.0. Es ist wichtig, dass wir sie führen. ■

Dialog

Die wichtigen Akteure
sollen gemeinsam die
Regulierung gestalten.